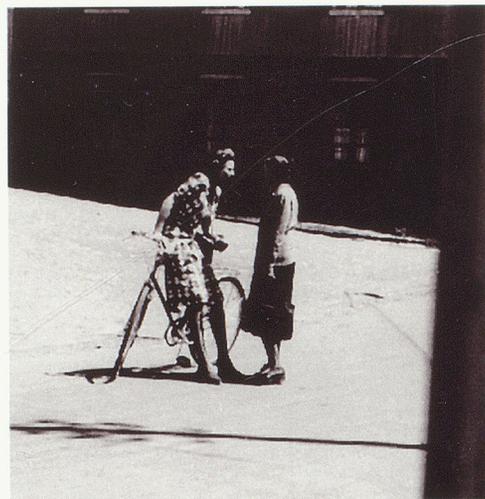


1949

W

ohnbevölkerung Liechtensteins: 13420. Die Landtagswahlen bringen keine Sitzveränderungen im Parlament. Die Vaterländische Union erzielt 47% der Stimmen (6.2.). In der Schweiz wird im Juli das längst fällige Sozialwerk der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) angenommen. Die Regierung lässt erneut ein Gutachten über die Schaffung einer AHV für Liechtenstein ausarbeiten. Eine Alters- und Hinterlassenenversicherung war ein altes Postulat der Volkspartei, dessen Realisierung sie schon im Partei- und Arbeitsprogramm vom Januar 1919 ausdrücklich gefordert hatte. Die Stimmbürger lehnen eine neue Gewerbeordnung ab (12.6.). Balzers erhält eine finanzielle Entschädigung für die Grenzrevision beim Ellhorn (17.6.). Der Liechtensteiner Alpenverein tritt in die Nachfolge der liechtensteinischen Sektion des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins (27.10.).

Fürstin Gina von Liechtenstein (1921–1989) war eine kontaktfreudige und volksverbundene Persönlichkeit, die wesentlich zum Ansehen des Fürstenhauses in der Öffentlichkeit beitrug (l.).



Die Ereignisse vom 7. November 1918 hatten gezeigt, dass in weiten Teilen der Bevölkerung das Bedürfnis nach grundsätzlichen Veränderungen im politischen Bereich ausgeprägt vorhanden war.

Bereits im sogenannten Neun-Punkte-Programm vom 9. Dezember 1918, an dessen Ausarbeitung die Volkspartei massgebend beteiligt gewesen war, zeigten sich die Schwerpunkte der geforderten Erneuerungen. Als Kernpunkte dieses Programms sind zu nennen:

- Die Landesregierung wird im Einvernehmen mit dem Landtag ernannt.
- Für das Amt des Landesverwesers kommen in erster Linie hierfür geeignete Liechtensteiner in Betracht.
- Der Landtag soll berechtigt sein, beim Landesfürsten die Enthebung eines Mitgliedes der Regierung zu beantragen.
- Die drei fürstlichen Abgeordneten sollen nicht mehr vom Fürsten allein ernannt, sondern durch kollegialen Beschluss der Regierung diesem vorgeschlagen werden.
- Sämtliche politischen und gerichtlichen Institutionen mit Ausnahme des Obersten Gerichtshofes sollen in das Land verlegt werden.